



ZUKUNFT DEUTSCHLAND

Gedanken zum Jahreswechsel

Deutschland hat eine neue Regierung. Ausgerechnet die konservative CDU stellt die erste Kanzlerin der Republik. Die Wende zu den Marktradikalen von CDU und FDP hat nicht stattgefunden. Es hat gar den Anschein, als sei der Koalitionsvertrag sozialer, als die von Gerhard Schröder einsam verzapfte Agenda 2010. Apropos Vertragstext: Da glaubt man sich von der Presse über den Koalitionsvertrag einigermaßen informiert und muss erstaunt feststellen, dass die Lektüre der Presse bei weitem nicht ausreicht. Da stehen Vereinbarungen zur Finanzierbarkeit und zu den Kernaufgaben des Staates drin, auf die viele sozial denkende Menschen lange gewartet haben. Geben wir der neuen Koalition also eine Chance!

Das vergangene Jahr war eines der politischsten seit langem. Die Globalisierung, ihre Ursachen und Folgen, ihre Profiteure und Verlierer wurden diskutiert, Europas Verfassung wurde von den Bürgern aus Widerstand gegen die Marktradikalen versenkt, Deutschland debattierte leidenschaftlich anlässlich der Bundestagswahl den weiteren Kurs. Rheinland-Pfalz bereitete sich auf die Landtagswahl vor und eines der Schwerpunkte blieb die Innere Sicherheit. Für mich war eines der Highlights das DGB-Gespräch mit Kardinal **Lehmann** und den Bischöfen **Marx** und **Schlembach**. „Das Soziale neu denken“ heißt die Broschüre der Kirche. Sie beschreibt die Grundfragen der Gesellschaft – und lässt erkennen, dass es bisher noch niemandem gelungen ist, auf die Herausforderungen der nachindustriellen Gesellschaft eine schlüssige Antwort zu liefern. Aber ich bin froh, dass es uns inzwischen wenigstens in größerem Kreis gelingt, die richtigen Fragen zu stellen.

Wir stehen vor einem erneuten Umbruch historischen Ausmaßes. Vor der ersten industriellen Revolution arbeiteten weit über 90% der europäischen Bevölkerung in der **Landwirtschaft**, um sich selbst und die Regierenden, den Klerus

**Ernst Scharbach**

und die Verwaltung zu ernähren. Heute reichen hierzu in der BRD 3%, mühsam mit hohen Subventionen am Leben erhalten.

Heute arbeitet in Deutschland noch ein Viertel im **produzierenden Gewerbe**, also dem Teil der Wirtschaft, deren Ergebnis man ‚mit Händen‘ greifen kann. Der **Dienstleistungssektor** ist auf dem Vormarsch. In England liegt der Anteil des produzierenden Gewerbes bereits bei unter 20%, in den USA nahe 10%. Dienstleistung und Forschung gewinnen immer mehr an Bedeutung und man sollte endlich aufhören sich über die ‚Nichtsnutze‘ lustig zu machen, deren Arbeitsergebnis ein geistiges Produkt und eine Dienstleistung sind. Der Spruch von Ex-Kanzler **Schröder**: „Wir können uns nicht alle gegenseitig die Haare schneiden ...“ macht die Abfälligkeit deutlich, mit der die Arbeit von Krankenschwestern, Forschern, Polizisten und vielen anderen bewertet wird. Vermutlich rührt hier auch die volkswirtschaftlich völlig irriige Annahme her, Dienstleistungen nur als Kostenfaktor zu begreifen!

Vor 50 Jahren warnte man vor der 2/3-Gesellschaft: Während es zwei Dritteln gut gehe, lebte ein Drittel in Armut. Dieses Konzept sollte auf Dauer die Stabilität des politischen Systems garantieren. Dieses Konzept sei von der Zeit überholt, meint der französische Soziologe **Alain Touraine**: Die entwickelten Gesellschaften seien in Gefahr, durch eine Dreiteilung auseinander zu brechen. Prof. **Oskar Negt** in der FR:

„Die Dreiteilung ist eine neue Tendenz, die der gegenwärtigen Verfassung der kapitalistischen Produktionsweise und dem entsprechenden Macht- und Wirtschaftssystem entspringt – dieses aber auch zementiert.

Ein Drittel der Bevölkerung ist integriert, hat einigermaßen befriedigende Arbeitsplätze und fühlt sich bestätigt in diesem Ordnungszusammenhang.

Ein weiteres Drittel lebt in fortwährend prekären Lebensverhältnissen, von Job zu Job, kurzfristigen Arbeitsverträgen, mit der Unsicherheit, sie verlängert zu bekommen.

Und das letzte Drittel wird für den zentralen gesellschaftlichen Produktions- und Lebenszusammenhang nicht mehr gebraucht.“

Wenn also die These stimmt, dass wir mit immer weniger (menschlicher) Arbeit immer mehr Güter herstellen können, stellt sich die Frage, was die Gesellschaft mit denen macht, die sie so offensichtlich nicht mehr braucht. Diese Frage gehört nach meiner Ansicht auf die Tagesordnung der großen Koalition. Mindestens das. Antworten sehe ich bisher leider keine. Die Krawalle Frankreichs sollten uns Warnung genug sein. Polizeilich lösen wir solche Probleme mitnichten.

Geben wir der Koalition in Berlin eine Chance?

*Euer
Ernst Scharbach*

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ ZUKUNFT DEUTSCHLAND

Seite 1

■ PERSONAL-PLANUNG POLIZEI

Seite 2

■ MP BECK ZUR ZUKUNFT DER POLIZEI

Seite 3

■ PP TRIER

Seite 4

■ KONFERENZ-BERICHTE

Seite 5

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de><http://www.psw-rp.de><http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.depsw-rp@gdp-online.depsw-reisen-rp@gdp-online.de

223 für den Einzeldienst

Die Landesregierung will in den kommenden Jahren die Polizei weiter personell stärken und die zweigeteilte Laufbahn vollständig umsetzen. Das kündigten Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Karl Peter Bruch in einer Pressekonferenz an. Außergewöhnlich dabei: Auch die Zahlvorgaben für das Versetzungsvorhaben wurden verkündet.

Wechselschichtdienst

Im Sommer nächsten Jahres werden der Wechselschichtdienst bei den Polizeiinspektionen und die Kriminalpolizei ein spürbares Personalplus erfahren. Von der Bereitschaftspolizei werden 223 Polizistinnen und Polizisten

zu den Polizeipräsidiien versetzt. Weitere 40 Beamtinnen und Beamte stehen in einem Stellenpool zum sofortigen Ausgleich für Fälle von Elternzeit bereit. Die absehbaren Personalabgänge abgerechnet bleibt ein tatsächlicher Zugang von 161 Polizistinnen und Polizisten. Davon sollen 141 für den Wechselschichtdienst

Geldwerte im Spiel sind – oft zu Schaden von Menschen mit geringem bis durchschnittlichem Einkommen – stärker in den Fokus genommen werden.

Zu dem Personalpaket für die Kriminalpolizei gibt es auch kritische Stimmen aus dem Bereich von Führungskräften in Polizeipräsidiien. Dort hätte man lieber

Personalzugang im Wechselschichtdienst

Polizeipräsidium	Abgänge	Zugänge aus Bepo
Koblenz	16	50
Mainz	13	45
Rheinpfalz	10	43
Westpfalz	20	25
Trier	23	60

Das PP Westpfalz war in den Jahren 2004 und 2005 im Hinblick auf die Fußball-WM überproportional verstärkt worden.

und 20 im Wege von internen Umsetzungen für die Kriminalpolizei in den Polizeipräsidiien vorgesehen werden.

selbst im Rahmen der Personalplanung entschieden, in welchen Bereichen und zu welchem Zeitpunkt Dienststellen für die spezielle Kriminalitätsbekämpfung verstärkt werden.

Kriminalpolizei

Neben dem Zugang von Polizistinnen und Polizisten durch interne Umsetzungen will die Landesregierung mit einem Angestelltenprogramm für die Kriminalitätsbekämpfung einen Akzent setzen. Vorgesehen ist die Einstellung von 13 Fachkräften in Angestelltenstatus für spezielle Felder der Kriminalitätsbekämpfung beim LKA und fünf zusätzlichen Angestellten bei den Polizeipräsidiien. Die längerfristige Personalplanung sieht vor, die Kriminalpolizei bis 2010 um 100 Beamtinnen und Beamte aufzustocken – allerdings nicht durch zusätzliche Einstellungen, sondern aus dem Personalbestand. Innenminister Bruch will erreichen, dass mit der Personalverschiebung insbesondere Kriminalitätsfelder, in denen erhebliche

Einstellungen

Rheinland-Pfalz plant für 2005 bei 144 Personalabgängen 280 Neueinstellungen. Weitere 280 Neueinstellungen werden 2006 insgesamt 100 voraussichtlichen Abgängen gegenüberstehen. Das ist im Bundesvergleich beachtlich, denn die anderen Länder außer Schleswig-Holstein und Saarland stellen weit weniger Polizisten ein als aus dem Dienst ausscheiden werden. Bis 2009 sollen die Einstellungszahlen auf diesem Niveau bleiben, dann sollen 350–400 Einstellungen im Jahr realisiert werden. Die GdP drängt darauf, höhere Einstellungszahlen schon jetzt anzugehen, um rechtzeitig den stark steigenden Zahlen der Ruhestandsversetzungen vorzubauen.

Zweigeteilte Laufbahn

Nachdem bei der Kriminalpolizei stellenplanmäßig die zweigeteilte Laufbahn bereits umgesetzt ist, soll nun sukzessive die Schutzpolizei folgen, deren Anteil nach den Etatansätzen 2005 noch bei 81 Prozent liegt. Bisher wurden 5549 Stellen der Schutzpolizei und 865 Stellen der Kriminalpolizei vom mittleren in den gehobenen Polizeidienst angehoben. Die Landesregierung will mit dem Haushaltsplan 2009/2010 die zweigeteilte Laufbahn etatmäßig abschließen.

Die GdP will erreichen, dass in diesem Zeitfenster tatsächlich alle Polizistinnen und Polizisten vom mittleren in den gehobenen Dienst aufsteigen können. Dazu ist es notwendig, die ASA fortzuführen, den Bewährungsaufstieg zu forcieren und in der Schlussphase mit einer gesetzlichen Regelung den bis dahin noch im mittleren Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen die Überleitung zu eröffnen.

TW



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 90
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen
beim

Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 31

Erfolgreiche Sicherheitsarbeit ausbauen

Die DP-Redaktion setzt ihre Gesprächsreihe mit Spitzenpolitikern des Landes vor den Landtagswahlen am 26. März 2006 fort. Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) will die Polizei weiter stärken und setzt auf einen gemeinsamen Tarifabschluss der Länder für den öffentlichen Dienst.

DP: Der Tarifstreit schwelt nach wie vor, weil die Länder ihren Beschäftigten den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst vorenthalten. Kommt jetzt Bewegung in die Sache?

Beck: Wir reden miteinander. Ich möchte die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zusammenhalten und zu einem gemeinsamen Abschluss kommen, aber der Weg dahin ist noch weit.

DP: Warum übernimmt die TdL nicht einfach den mit Bund und Kommunen abgeschlossenen TVöD?

Beck: Die Länder haben eine andere Beschäftigungsstruktur, der Personalkostenanteil liegt rund doppelt so hoch wie bei den Kommunen. Es gibt eine ganze Vielzahl spezieller Bereiche, beispielsweise bei den Universitäten oder den Schulen, die gesondert betrachtet werden müssen und je nach Land ganz unterschiedlich ins Gewicht fallen. Daneben geht es um Fragen der Arbeitszeit und des Weihnachtsgeldes. Eine Kostenexplosion als Folge eines neuen Tarifvertrages können wir uns nicht leisten. Aber ich sage auch dazu: Es ist für die innere Substanz der Belegschaften der Länder auf Dauer unklug, wenn zweierlei Recht besteht, das der Neueingestellten und das derjenigen Beschäftigten, die sich auf die Nachwirkung der gekündigten Tarifverträge beziehen können.

DP: Läuft das nicht auf die Föderalisierung des Personalrechtes heraus wie es jetzt ohnehin für den Beamtenbereich kommen soll?

Beck: Man kann sicher über Details streiten, aber die Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern ist zwingend notwendig. Einige Länder waren zu dem Kompromiss nur bereit, wenn ihre Entscheidungs-

rahmen in den Beamtenfragen ausgeweitet werden.

DP: Wird Rheinland-Pfalz also ab dem Jahreswechsel mit Nachdruck an die Neuregelung der Besoldung oder Versorgung gehen?

Beck: Nein, denn wir werden am Jahresbeginn auch nicht die Zuständigkeiten haben. Zunächst



MP Kurt Beck (li.) im Gespräch mit Ernst Scharbach

müssen auf Bundesebene Änderungen des Grundgesetzes und der Beamtengesetze auf den Weg gebracht werden. Dann werden wir in aller Sorgfalt prüfen, welche Schritte in unserem Land gegangen werden sollen.

DP: Kommen wir zu den Fragen der Zukunft der Polizei. Es gibt die Kontroverse über die angemessene Personalstärke. Aus Sicht der GdP sollten es 10000 im Land sein. Die Landesregierung setzt als Orientierungsgröße die Zahl von 9000 ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten. Die Opposition wirft der Regierung vor, weit weniger Personal bei der Polizei vorzuhalten und die Sicherheit zu vernachlässigen.

Beck: Wir haben Wahlkampf und die CDU tut so, als ob die Mafia auf unseren Straßen und in unseren Städten fröhliche Urstände feiern würde und die Polizei ausgestorben wäre. Das ist abstrus

und hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Wir messen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine hohe Priorität bei und wollen die erfolgreiche Sicherheitsarbeit im Land ausbauen.

DP: Kommt also mehr Personal in die Dienststellen vor Ort?

Beck: Neben der modernen Ausstattung der Polizei und konsequent verfolgten Präventionsarbeit zahlt sich unsere langfristige Personalplanung für die gute Sicherheitslage aus. Im kommenden Jahr werden 240 Polizistinnen und Polizisten nach Beendigung ihrer Ausbildungszeit in

den regulären Polizeidienst übernommen. Nach Abzug der Personalabgänge bleibt ein effektiver Zuwachs um 160 Beamtinnen und Beamte, die den Wechselschichtdienst der Polizeiinspektionen und die Kriminalpolizei verstärken werden. Wir werden zusätzlich 18 Fachkräfte im Angestelltenstatus einstellen, die wir in speziellen Feldern für die Kriminalitätsbekämpfung brauchen.

DP: Bleibt die Regierung bei ihrem Einstellungskurs?

Beck: Die Haushaltssituation ist schwierig, aber ich sehe auf mittlere Sicht keine Notwendigkeit, von unseren Planungen abzurücken.

DP: Bei der Berechnung der Polizeistärke wirkt sich die heraufgesetzte Pensionsgrenze aus. Wie stehen Sie zur Änderung des § 208 LBG?

Beck: Erst müssen wir Erfahrungen sammeln. Wir haben die Überprüfung der Regelung nach fünf Jahren angekündigt.

DP: Die GdP würde gerne die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei abgeschlossen sehen.

Beck: Wir sind bei der aufgabengerechten Bewertung des Polizeidienstes gut vorangekommen. Rund 86 Prozent der Stellen sind heute dem gehobenen

und höheren Polizeidienst zugeordnet. Mit der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn werden wir fortfahren und ich gehe davon aus, dass wir bis 2010 zum Abschluss kommen. Über die einzelnen Schritte werden wir miteinander reden. Mit unserem Laufbahnkonzept hat sich auch die Einkommenssituation spürbar verbessert.

DP: Mit dem Studium an der FH der Polizei erwerben die Polizistinnen und Polizisten eine hervorragende Qualifikation für ihren Beruf. Im Rahmen des Bologna-Prozesses soll eine Internationalisierung in Form des Bachelor-Abschlusses umgesetzt werden. Geht auch Rheinland-Pfalz diesen Weg?

Beck: Ich halte es für ganz wichtig, dass wir zu dieser internationalen Vergleichbarkeit der Abschlüsse kommen. Wir haben mit unserem Fachhochschulstudium bei der Polizei gute Voraussetzungen, um die Akkreditierung angehen zu können. Und ich meine, wir können anderen vielleicht ein Stück weit mit einem Ausbildungskonzept helfen, das sich auf eine sehr fortschrittliche Polizeiphilosophie gründet.

DP: Sie meinen den Gedanken der Bürgerpolizei?

Beck: Ja, wir sind in hohem Maße zufrieden mit der Aufgabenerfüllung der Polizei und mit dem Bild, das die Bevölkerung von ihrer Polizei hat. Der Gedanke der Bürgerpolizei wird wirklich praktiziert und gelebt. Die Polizei ist die einzige innere Ordnungsmacht des Staates, die dem Bürger gegenübertritt. Da ist Vertrauen geschaffen worden, ohne dass der Respekt vor den Repräsentanten des Staates verloren gegangen ist.

DP: Herr Ministerpräsident, wir danken für das Gespräch.

TW

Schadstoffsuche beendet – Generalsanierung erforderlich

Die Schadstoffsuche im Dienstgebäude der Südallee ist beendet. PD Dr. Wiesmüller stellte Ende November sein Gutachten über die möglichen Ursachen der Erkrankungen vieler Beschäftigten im Gebäude vor. Auf Initiative des Gesamtpersonalrates beim PP Trier wird ab Januar/Februar eine Pilotstudie zur „Evaluierung möglicher Beziehungen zwischen Emissionen aus Büromaschinen, insbes. Fotokopierern u. Laserdruckern, und Gesundheitsbeeinträchtigungen bzw. Gesundheitsschäden bei exponierten Bürobeschäftigten“ durchgeführt.

Mit großen Erwartungen besuchten über 100 Kollegen die Informationsveranstaltung des Polizeipräsidenten aus Anlass der Bekanntgabe des Ergebnisses der Schadstoffuntersuchung durch PD Dr. Wiesmüller vom Institut für Hygiene und Umweltmedizin des Universitätsklinikums Aachen. Vorausgegangen waren Monate der Ungewissheit und des Rätselratens der Beschäftigten. Zuvor eingebundene Fachinstitute konnten keine klaren Hinweise liefern. Deshalb ist nach Meinung der GdP in Trier richtigerweise die Entscheidung durch den Behördenleiter, Dr. Bitter, getroffen worden, die am ärgsten belastete Dienststelle, KD Trier, aus dem Gebäude zu evakuieren. Die Maßnahme erwies sich als richtig, da nach kurzer Zeit bei vielen Betroffenen sich Besserungen ihrer gesundheitlichen Situation einstellten und schon alleine dadurch davon ausgegangen werden konnte, dass die Ursache der Belastung alleine durch das Gebäude, insbesondere im sog. Turm hervorgerufen wurde. Das von uns gezogene

Fazit aus der Info-Veranstaltung war, dass PD Dr. Wiesmüller die Beschäftigten nicht überzeugen konnte, dass die Ursachen ausschließlich aus der Belastung des Bodens herrühren. Dies wurde aus der anschließenden Diskussionsrunde mehr als deutlich. Insbesondere auch deshalb, weil aus der Schlussfolgerung des Gutachters klar zum Ausdruck kam, dass „*alle Prozesse, die seit der PCB-Sanierung des Polizeipräsidentiums Trier, Südallee 3, zu Expositionen gegenüber Chemikalien geführt haben können, heute aktuell nicht mehr in allen Einzelheiten zuverlässig ermittelt, beurteilt und bewertet werden können, so dass nicht alle Fragen befriedigend und zuverlässig beantwortet werden können.*“ Mit dieser 1. Schlussfolgerung setzte der Gutachter dann wohl auch den Maßstab, den die anwesenden Personalratsvorsitzenden wie auch den GdP-Vorsitzenden **Josef Schumacher** zu der Entscheidung kommen ließen, dass das Gebäude nicht mehr für unsere Kollegen zur Nutzung geeignet erscheint und es besser ist, **die Abrissbirne zu bestellen.** Diese Meinung konnte auch von den anwesenden Vertretern der LBB Trier nicht mehr umgestoßen werden, die sich für eine „Generalsanierung“ aussprachen und versprachen, dass sich das Gebäude praktisch nach Sanierung in einem „Neuzustand“ befinden würde. In seinen Schlussfolgerungen stellte PD Dr. Wiesmüller dann auch fest: „*unergonomische Bildschirmarbeitsplätze* (als mögliche Ursache; die Red.) *sowie ein Zuviel an Geräten (PCs, Drucker, Kopierer) in einzelnen Räumen (s.o. Abschnitt) können zu Augenbeschwerden, Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen und Ermüdungserscheinungen beitragen.*“ Der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe in Trier, **Josef Schumacher**, sieht darin eine Bestätigung der GdP-Bemühun-

gen, neben der Schadstoffsuche im Dienstgebäude Südallee 3 auch die oben genannte Pilotstudie in Trier durchführen zu lassen. Die GdP hatte bereits in ihren DP-Ausgaben 4/2003 und 11/2004 Berichte über die Gefahren, die in den Laserdruckern (-kopierern) lauern können, veröffentlicht. **H.-J. Stelting** war damals der Autor. Er ist selbst betroffen und „Tonergeschädigter“. Als Leiter eines Dezernates beim LKA HH musste er infolge eines anerkannten Dienstunfalls im Zusammenhang mit der Erkrankung durch Tonerstäube anschließend in den vorzeitigen Ruhestand treten.

In Zusammenarbeit mit ihm ist es uns gelungen, eine Pilotstudie des Bundesinstitutes für Risikobewertung (BfR) unter Leitung des **Prof. Dr. med. Volker H. Mersch-Sundermann**, Institut für Innenraum- und Umwelttoxikologie, Fachbereich Medizin der Justus-Liebig-Universität, Universitätsklinikum Gießen, nach Trier zu holen, die ursprünglich nur auf die Kfz-Zulassungsstelle in Gießen bezogen sein sollte. Dort sollten HP-Laserdrucker anhand der Studie auf ihre Gesundheitsbelastung hin untersucht werden. Da auch die von uns verwendeten Laserdrucker unter Verdacht stehen, zu den „Drecksschleudern“ zu gehören, war es für Prof. Mersch-Sundermann von großem Interesse, die Studie auf das PP Trier auszudehnen. Vom Bundesamt für Risikobewertung wurden hierzu die bisher zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel auf über 100 000 € aufgestockt. Erste Besprechungen und Untersuchungen vor Ort sind bereits angelaufen. Am 10. Januar 2006 soll es zu einer Vorstellung des Studiendesigns gegenüber den freiwillig teilnehmenden Beschäftigten kommen.

Abschließend können von Seiten der GdP die bisher gezeigten Initiativen der Trierer Behör-

KURZ & KNACKIG

■ Präsenz

Die Landesregierung will die Polizeipräsenz erhöhen. Die Polizistinnen und Polizisten sollen verstärkt das Gespräch suchen und im Straßenbild präsent sein, so die Landesregierung. Das ziele auch auf den Bezirksdienst. Durch Vernetzung der Bezirksbeamten mit dem polizeilichen Arbeits- und Info-System würden sie mehr Aufgaben als bisher von ihren dezentralen Standorten in den Orts- und Gemeindeverwaltungen aus erledigen und dort länger präsent sein.

■ Softair-Waffen

Schon mit der Neureglung des Waffenrechts hatte die GdP Verbote für Softair-Waffen gefordert. Bei Fällen polizeilichen Einschreitens kam es schon mehrfach zu kritischen Verwechslungssituationen. Softair-Waffen sehen scharfen Waffen täuschend ähnlich. 24 Menschen sind seit 2002 mit Softair-Waffen verletzt worden. Jetzt setzt sich der rheinland-pfälzische Innenminister Bruch in der IMK dafür ein, dass solche Waffen nicht in der Öffentlichkeit geführt werden dürfen.

■ Seminare

Die neuen Seminarpläne der GdP für 2006 liegen vor. Wer sich für das Angebot interessiert, wendet sich bitte an seine Kreisgruppe oder unser GdP-Büro in Mainz.

denleitung nur als beispielgebend bezeichnet werden. Im Namen unserer Mitglieder möchten wir ihr daher auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Josef Schumacher

KONFERENZEN

Zwei Frauen an der Spitze

Dass Polizei ein Männerberuf ist, gehört längst der Vergangenheit an. Das zeigt sich bei der Besetzung von Vorstandsfunktionen in der Gewerkschaft: Immer mehr Frauen übernehmen Verantwortung.

Sabrina Kunz heißt die neue Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE. Sie kommt vom PP Koblenz. Die Jugendorganisation der GdP vertritt in Rheinland-Pfalz rund 1000 Kolleginnen und Kollegen im Alter bis 30. Im neuen Landesjugendvorstand geben die Frauen den Ton an, denn zu drei jungen Kollegen gruppieren sich weitere sechs Kolleginnen aus verschiedenen Poli-

Die JUNGE GRUPPE setzt sich für die Einrichtung der Bachelor- und Masterabschlüsse an den Hochschulen der Polizei ein, will aber auch gesichert sehen, dass ASA-Absolventen die Bewerbungschance für den höheren Dienst erhalten bleibt. Die neue Uniform für die Polizei war ein weiteres Konferenzthema. Sie soll funktional und optisch zeitgemäß sein und sich von Uniformen privater Sicherheitsdienste und anderer Behörden mit Sicherheitsaufgaben unterscheiden. Die Konferenz formulierte ein klares Nein zu einer Legalisierung von Cannabis. Weiter wird eine bessere persönliche Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten

jedoch weiterer politischer Rahmenbedingungen und Eingriffsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden. Sehr informativ gestaltete sich das Konferenzforum zu dem Thema mit Experten der Polizei und anderer Sicherheitsbehörden.

Wie die neue Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE wird auch **Stefanie Krahorst** als neue Vorsitzende der GdP-Frauengruppe dem Landesvorstand angehören. Bei der Landesfrauenkonferenz der GdP im Konferenzzentrum der FH auf dem Hahn am 15. November wurde sie neu in diese Aufgabe gewählt. Dem Vorstand gehören weiter **Sylvia Kropp** und **Rita Schumacher-Kerch** als stellvertretende Vorsitzende an. Hinzu kommen die Vertreterinnen der Bezirks- und Kreisgruppen: Jutta Behnke (BG Koblenz), Nicole Schön (BG Rheinpfalz), Renate Jakobs (BG Trier), Anja Rakowski (BG Mainz) und Stephanie Bollig (ZPT). Die übrigen Untergliederungen wählen ihre Vertreterinnen für den Vorstand im neuen Jahr.

Nach langjähriger Mitarbeit wurden die bisherige Vorsitzende Tina Horn und ihre Vertreterin Christiane Schäfer aus dem Vorstand verabschiedet. Beide werden aber dem neuen Vorstand

weiter mit ihrer Erfahrung beratend zur Seite stehen.

Die Frauengruppe setzt sich mit einer Reihe von Beschlüssen für die Verbesserung der beruflichen Situation und die bessere Vereinbarkeit der familiären Belange mit der Berufstätigkeit ein. Dazu gehören Zulagenzahlungen und Führungsfunktionen für Teilzeitbeschäftigte, die faktorisierte Berücksichtigung von Ausfallzeiten durch Elternzeit, die Weiterbeschäftigung von Angestellten mit Zeitverträgen und eine bessere Gesundheitsvorsorge. Um Gleichstellung voranzubringen, wird der Vergleich von Lehrgangs- und Beurteilungsergebnissen gefordert.

Im Informationsteil der Konferenz stand das Audit „Beruf und Familie“ zur Diskussion. Frau Klinge-Hagenauer von der Hertie-Stiftung verdeutlichte anschaulich wie aus einer familienorientierten Personalpolitik Vorteile für die Behörde und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen werden können. Die GdP-Frauengruppe setzt sich dafür ein, dass sich Polizeibehörden und -einrichtungen am Auditverfahren „Beruf und Familie“ beteiligen.

TW



Stefanie Krahorst (Mitte) verabschiedet Christiane Schäfer (links) und Tina Horn

zeibehörden und -einrichtungen. Ohnehin kann die Landesjugendkonferenz der GdP am 8. November auf dem Hahn als weiteres Plus im Zukunftsprogramm GdP verbucht werden. Die Wahlen verliefen sehr einvernehmlich und die mit der Beratung einer Reihe von Anträgen vorgenommene inhaltliche Positionierung zeigt, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen schon nach wenigen Berufsjahren in ihrer Polizei angekommen sind und klar sagen, wo und wie sie die berufliche Zukunft mitgestalten wollen. Hier zählt sich ein Stück weit die kontinuierliche JAV-Arbeit aus

Erfreulich ist, dass sich in der GdP immer mehr Frauen zur Wahl stellen und Verantwortung übernehmen.

ten und die Auswechslung der „Second Chance“-Schutzwesten gefordert. Die JUNGE GRUPPE nimmt sich auch selbst in die Pflicht: Sie will bei der Fußball-WM die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen betreuen.

Der Fachtteil der Landesjugendkonferenz stand unter dem Motto „Herausforderung der Zukunft – Globaler Terrorismus“. Der Landesjugendvorstand vertritt die Auffassung, dass das Problem des globalen Terrorismus allein mit militärischen Maßnahmen nicht lösbar ist, es müssten Lösungen im diplomatischen Bereich forciert und Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern deutlich verstärkt werden. Um der Forderung nach Schutz der Gesellschaft vor Anschlägen gerecht zu werden, bedürfe es



V. l. n. r.: Beatrice Böhnke-Cselenyi, Thomas Sinner, Christian Günther, Corinna Koch, Mary-Ann Handtke, Melanie Hahmann, Karina Faltin, Sabrina Kunz und Timo Steinmetz. Nicht im Bild: Onka Niemand

Dienstvereinbarung abgeschlossen

Die Regelungen zur Nutzung des Internets und der E-Mails wurden nach intensiven Verhandlungen zwischen Ministerium und HPRP mit der Zustimmung zu einer **Dienstvereinbarung** (nicht Dienstanweisung) abgeschlossen. Aus Sicherheitsgründen mochte das ISM nicht auf unseren Wunsch eingehen, jedem Mitarbeiter einen E-Mail-Zugang außerhalb des VPN zu erlauben. Die SMTP-Berechtigungen bleiben begrenzt. Jedwede private Nutzung des Internets bleibt untersagt. Zur Kontrolle werden in unregelmäßigen Abständen die aufgerufenen Web-Seiten auf missbräuchliche Nutzung überprüft werden. Der Personalrat wird in die Überprüfungen informativ eingebunden.

Kollege **Ralf Stoll** stellte dem HPRP die Grundzüge von **TEMPUS** vor, das mit einem Probelauf in Wittlich, Alzey und dem LKA getestet werden soll. Man verspricht sich deutliche Verbesserungen bei der Vorplanung und anschließenden Abrechnung der (flexiblen) Dienstzeiten. Das Erfassungssystem EVA könnte mit TEMPUS komplett ersetzt werden. Die Projektgruppe

erhofft sich von der Probephase wichtige Erkenntnisse zur Praxistauglichkeit der Software.

Die „**Elefantenrunde**“ für die **Versetzungen** zum 1. August 2006 wird für den 25. Januar einberufen. Zum 1. August werden in den Präsidien erstmalig freie Stellen mit KollegInnen besetzt, die von den Behörden selbst eingestellt worden waren. Die restlichen freien Stellen werden in zwei Säulen geteilt: unter 35 Lebensjahre und ab 36 Lebensjahre. In beiden Säulen werden 30% der Stellen für Frauen reserviert. Die Platzziffer errechnet sich aus dem Einstellungsdatum plus zwei Jahre pro Kind bis zum 18. Lebensjahr. Es zählt nunmehr das Sorgerecht. Die Kinder müssen nicht mehr wie bisher im Haushalt leben. Pflegebedürftige Kinder über 18

Jahre ab Pflegestufe 1 werden ebenfalls angerechnet.

**Dieter Kronauer (Arbeiter),
Margarethe Relet
(Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)**



rungen bei der Vorplanung und anschließenden Abrechnung der (flexiblen) Dienstzeiten. Das Erfassungssystem EVA könnte mit TEMPUS komplett ersetzt werden. Die Projektgruppe

Anzeige

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

PSW-Reisen

Rheinland-Pfalz GmbH

01801 PSW Reisen*

oder

0 61 31 – 9 60 09 23

*zum Ortstarif

KREISGRUPPE PD KAISERSLAUTERN

Ehrungen für 25 und 40 Jahre

Eine große Anzahl Kolleginnen und Kollegen konnte **Heinz Rahm**, Vorsitzender der Kreisgruppe PD Kaiserslautern, bei der Mitgliederversammlung begrüßen. Nach den üblichen Berichten konnten viele dieser Mitglieder für langjährige Zugehörigkeit zu unserer GdP geehrt werden.

Für 40 Jahre:

Manfred Deutsch, Kusel, **Rudolf Geiger**, Rodenbach, **Wilhelm Schutheiß**, Lauterecken,

Für 25 Jahre:

Rainer Albert, Baumholder, **Stefan Appel**, Lohnsfeld, **Alexander Blum**, Waldmohr, **Bärbel Cappel-Mai**, Kusel, **Thomas Christmann**, Bruchmühlbach-Miesau, **Rainer Flatter**, Bexbach, **Wolfgang Hanker**, Kaiserslautern, **Klaus Lorig**, St. Wendel, **Uwe-Dieter Lösch**, Schmittshausen, **Bernd Rheinheimer**, Katzweiler, **Uwe Schappe**, Wald-

mohr, **Horst Schilling**, Merschweiler, **Jürgen Traub**, Ramstein, **Stefan Trautmann**, Schönenberg-Kübelberg, **Jochen Wiebelt**, Kai-

serslautern, **Siegfried Ranzinger**, Leimen, **Achim Opp**, Schönenberg-Kübelberg. **Jürgen Moser** gratulierte allen im Namen des

Landesvorstandes und dankte ihnen für die langjährige Treue zur GdP.

red



Mitglieder bei der Jahreshauptversammlung

Sparen mit dem Opel Combo



1.6 CNG-Erdgas, 71 kW/97 PS(MT-5)

Kraftstoffverbrauch, kombiniert(l/100km) 4,9(7,5m³H-Gas) *CO₂-Emission,kombiniert(g/km):133*

Der 1.6 CNG ECOTEC® Erdgas-Motor bietet Fahrleistung ohne Einbußen, niedrige Emissionen und einen geringen Verbrauch - mit seinem optimierten monovalent Plus Motorenkonzept. Mit 71kW/97 PS erzielt er eine Höchstgeschwindigkeit von 166 km/h und eine Reichweite von bis zu 370 km mit einer Füllung, bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 4,9 kgH Gas auf 100 km.

Super Konditionen beim

Telefon: 06131 - 96009-31
 Internet: www.psw-rp.de
 E-Mail: psw-rp@gdp-online.de



GdP-Gourmet

Zur zweiten Auflage der Veranstaltungsreihe „GdP-Gourmet“ hatte die KG PD Mayen nach Cochem in das Ristorante Castello eingeladen. Das Motto des Abends lautete „Mare e monti“, also Bestes aus Küche und Keller aus dem Meer und (Wein)Berg. Trotz widrigstem Wetter – es schneite seit fast 24 Stunden – konnten die Veranstalter Bernd Schüller und Norbert Puth mehr als 20 Gäste begrüßen, die sich das Menü der Brüder Cialdella schmecken ließen.

Als Entree wurden ein erstklassiger Prosecco Spumante aus Venetien sowie gefüllte und gebackene Reisbällchen (Arancini di Riso) gereicht. Anschließend gab es Antipasti Misti, näm-

Sommersalat mit Zitruscarpaccio, betont durch einen Weißburgunder 2004 des Weingutes Peter Göbel aus Ediger-Eller. Herr Göbel führte gekonnt durch den Abend und präsentierte die angebotenen Weine. Zu Involtini Parma e Parmesan (Kalbsröllchen gefüllt) mit Ofenkartoffeln und Gemüse servierte man einen Rosato Castel del Monte DOC 2003 vom Weingut Torrevento in Apulien. Als Zwischenspiel wurde ein GdP-WM-Fußball ausgespielt: es galt bei einem edelsüßen Wein des Kollegen und Winzers Bernd Schüller den Gehalt an Restzucker zu erschmecken. Hier bewies Claudia Magerl als Siegerin die beste Zunge. Zum Dessert – Feigen auf Rotweinzabaione mit Zimtpar-



lich Putenbrustfilet mit Thunfischsauce, Austernpilze vom Grill, Auberginenröllchen mit Fleischfüllung und Carpaccio von Lachs und Seeteufel. Dazu wurde Locorotondo DOC 2004 serviert, ein frischer Weißwein aus Apulien. Danach lieferte die Küche eine Lasagne mit Lachs, Blattspinat und Mascarpone zu einem feinherben Riesling Spätlese 2003 aus der Lage Ediger Osterlämmchen. Als neuer Appetitanreger fungierte ein leichter

fait – reichte der Winzermeister Göbel einen Riesling Eiswein 2003, ein Hochgenuss. Nach Espresso mit gratinierten Mandeln und einem Grappa aus Chardonnay-Trauben saß man noch lange zusammen, und es wurde auch noch mit frischem Fassbier nachgespült. Ein gelungener Abend für Leute, die gutes Essen und gute Weine zu schätzen wissen. Eine Fortsetzung ist angesagt.

Norbert Puth

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Otto Krämer, Bepo Mainz, Juli 05

Termine 2006

Stammtisch

im Soldatenheim Horchheimer Höhe, Von-Galen-Straße 1
4. Januar, 1. Februar, 1. März, 5. April, 5. September, 4. Oktober und 7. November
Beginn: jeweils 16.00 Uhr

Bustour

3. Mai

Stammtisch

im Wüstenhof in Vallendar
7. Juni und 2. August

Grillfest

12. Juli (Falkensteinkaserne)

Weihnachtsfeier

6. Dezember



Jetzt wird schon bei „Polizei“ gespart

WIR TRAUERN UM

Alois Breidt, PD Kaiserslautern, 69 Jahre
Karl Hans Bastian, PD Kaiserslautern, 75 Jahre
Karin Haas, Ehefrau v. Kollege Bernd Haas, PP Westpfalz, 56 Jahre
Karl Ebeling, Vorderpfalz, 66 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.